

Populismus in der Mediensprache

Wie man demokratische Politik publizistisch verächtlich macht

von Dr. Wolfgang Krebs

im Internet:

URL: <http://www.wk-wkw.de/texte/kzeit/K-Populismus-in-der-Mediensprache.pdf>

Stand: 05.06.2013

Es gehört den politischen und medienkundlichen Binsenwahrheiten zu, dass eine stabile Demokratie die Funktionsfähigkeit einer kritischen Bürgerschaft und ihrer Zeitungen, Zeitschriften, des Rundfunks, Fernsehens und neuerdings des Internet voraussetzt. Vieles ist darüber gesagt und ebenso viel verschwiegen worden. Auch und vor allem sind die Reflexionen unübersehbar geworden, inwieweit moderne Medien nicht zum Spiegel, sondern zu Manipulatoren der öffentlichen Meinung geraten. Der Kulturphilosoph Oswald Spengler hat dies bereits für seine eigene Zeit, die der zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts erkannt und in eindrucksvollen Worten beschrieben: »Auf den Scheiterhaufen folgte die Guillotine, auf das Verbrennen der Bücher ihr Totschweigen, auf die Macht der Predigt die Macht der Presse.« So sein pessimistischer Blick auf den Prozess der Moderne in Europa: die Presse – ein Fallbeil der Desinformation.

Die »Macht der Presse« – wir nehmen Spenglers Begriff synonym zu dem der »Medien« insgesamt, denn die gedruckte Presse im engeren Sinn befindet sich bekanntlich auf dem Rückzug – erfüllt und erschöpft sich in jüngerer Zeit jedoch nicht darin, die Wirklichkeit nach den Wünschen der Verfügenden zu selektieren und somit, zumindest im Bilde der Nachrichtenkonsumenten, eine Realität eigener Art zu erschaffen, wie sie dem Medientycoon eben gefällt. Im Zeitalter des Online-Mediums wird das Geschäft des Totschweigens zunehmend schwieriger, im Prinzip sogar das der direkten Manipulation. Zwar behält Spenglers düstere Feststellung nach wie vor tendenzielle Gültigkeit, derzufolge nach »drei Wochen Pres-

sarbeit [...] alle Welt [...] die Wahrheit erkannt« habe, denn die vorgebrachten Gründe

»sind so lange unwiderleglich, als Geld vorhanden ist, um sie ununterbrochen zu wiederholen. [...] Ihre Gründe sind widerlegt, sobald die größere Geldmacht sich bei den Gegengründen befindet und sie noch häufiger vor aller Ohren und Augen bringt.«

Denn die Massenhaftigkeit der Nachrichtenverbreitung, die zugleich in manipulatorischer Absicht erfolgt, funktioniert auch im Bereich des World Wide Web. Dennoch sollte man heute die politischen Medien Deutschlands (außer den parteipolitisch verorteten und manchen Nahestehenden) nicht primär als Propaganda-Instrumente von Ideologen oder Strategen konkreter Absichten deuten. Eine andere Tendenz ist zurzeit bedenklicher, sogar in Teilen der sogenannten freien Presse und ihrer moderneren elektronischen Formen.

Anstelle der Manipulation im groben Sinne, die Goebbels meisterlich zur antidemokratischen Propaganda ausbaute, greift heute eine eher subkutane Form des Transports von illiberalen Botschaften Platz. Dabei steht nicht einmal in allen Fällen fest, ob sich der Autor in der Redaktionsstube der Wirkung seiner Worte ausreichend bewusst ist. Dennoch bedient sein öffentliches Schreiben bemerkenswert häufig einen Hintergrund im Fundus verbreiteter Vorurteile und Ressentiments. Es ist frappierend, wie die unterschwellige demokratieferne Botschaft ganz harmlos, fast unmerkbar, aber auf lange Sicht hin doch recht wirkungsvoll im Gewande der kritischen Attitüde, aber mit dem Effekt des Verächtlichmachens daherkommt. Die Sprache selbst verrät die Denkformen ihrer Urheber, nicht so sehr die vordergründige Aussage. Dazu drei kleine, nicht einmal sehr spektakuläre Beispiele:

Erstens: Ein Kandidat (ein Vertrauter, ein Parteifreund) wird heutzutage selten ins Amt »berufen« – er wird, nach der Sprachregelung der subkutan wirkenden Missachtung in den Medien, fast immer, wie man schreibt, ins Amt »gehievt«: Der Regierungschef »hievt« den Minister in seine Position. Die einflussreiche Gruppe »hievt« den Wahlkreiskandidaten an die Spitze. Der gewichtige Regionalverband »hievt« diesen oder jenen Interessierten auf einen aussichtsreichen Listenplatz. »Gehievt« wird in der Mediensprache sogar dann, wenn der Vorgang völlig normal und transparent demokratisch verläuft: Ein Kandidat stellt sich zur Wahl, wirbt um die Zustimmung der Delegierten oder Gruppen, die etwas an Einfluss aufbringen können, und dann wird er eben gewählt oder auch nicht. Ein Ministeran-

wärter, den sich laut Verfassung der Regierungschef selbst aussuchen kann, erhält nach Maßgabe des Gutwillens und Für-Gutbefindens seine Aufgabe. Was daran ist des Herabwürdigens wert? »Gehievt« hält nahezu durchgängig die Konnotation der Strippenzieherei, der Hinterzimmer-Abrede und der Seilschaften inne. Die unlautere Karriere also – sie mag es sogar geben. Die Allgegenwart des kleinen Wortes denunziert jedoch die demokratischen Prozesse insgesamt.

Sodann wird, zweitens, in jüngerer Zeit kaum noch um die Stimmen der Wahlbürger oder später um den notwendigen Koalitionspartner »geworben«, so wie es der Normalität des freiheitlichen Verfahrens entspricht. Es wird fast nur noch um beides »gebuhlt«. Man »buhlt« um die Gunst, der Wähler als Stimmvieh, oder der Abgeordneten als Handlanger der Macht. Man »buhlt« um Abweichler aus eigenen oder fremden Reihen, und man ist bereit, den Preis fürs Buhlen zu zahlen. Das kurze Wort geht relativ unverfroren mit der kaum versteckten Bedeutung der Prostitution oder zumindest illegitimen sexuellen Betätigung einher. Allein der Gebrauch des mickrigen Begriffs pflegt das Vorurteil, welches sich in der bekannten Aussage verdichtet: »Politik ist das zweitälteste Gewerbe der Welt, gleich nach dem ältesten, das auch einen schlechten Ruf hat.« Demokratische Politik – die Suche nach Kompromissen zum Beispiel – wird als sinnliche Käuflichkeit, sogar schmierige Bestechlichkeit verunglimpft.

Außerdem hat sich, drittens, eine eigenartige Sprachregelung eingeschlichen, die recht eigentlich den alltäglichen politischen Prozess dämonisiert. Selten wird noch mit einem Partner oder Gegner eine »Verabredung«, »Vereinbarung«, »Übereinkunft« getroffen. Nein, es wird beständig mit ihm »paktiert«. Angela Merkel »paktiert« mit den Opelanern, um Arbeitsplätze zu erhalten. Die Sozialdemokraten »paktieren« mit der Regierung, wenn auch etwas verschämt, bei den horrenden Risiken der Euro-Rettung. Die Arbeitgeber »paktieren«, die Banken »paktieren« ohnehin, und auch Gewerkschaften sind mitunter von der Sucht nach dem »Paktabschluss« nicht unbetroffen. Aber gerade wir Deutschen wissen seit den Tagen des Doktor Faust im 16. Jahrhundert und der Dramatisierung seines Schicksals durch Goethe, dass ein »Pakt« immer einer mit dem Teufel ist: eine Verschreibung auf Gedeih und Verderb – Ausgang bekanntermaßen ausschließlich letzteres – und also eine eminent gefährliche Angelegenheit. So wie es denn auch nicht gerade ein Zufall war, dass das östliche Militärbündnis rund um die frühere Sowjetunion, als es noch bestand, aus deren Sicht der »Warschauer Vertrag«, aus der westlichen jedoch der

»Warschauer Pakt« hieß. Die oben erwähnte »Buhlerei« in der Politik geht in Teufelsbuhlschaft über.

Fassen wir zusammen: Demokratische Politik ist in solcher Konnotation eine Hinterzimmer-Angelegenheit lichtscheuer Verschwörer. Sie ist ferner eine unfein-käufliche, nahezu fleischliche Hingabe, bei der man gewohnheitsmäßig die eigene Würde veräußert. Und sie ist irgendwie Teufelszeug, von dem anständige Menschen sich so rein erhalten wie ehemals der Christ von der Sünde. In kleinen Portionen, sorgsam von der Meinungsfreiheit gedeckt, macht man sich – bewusst oder unbewusst – daran, das Gift der unterschwelligen Verachtung in die Gehirne der Bürger zu träufeln. Mit einer mündigen Haltung oder gar Erziehung zu ihr hat der Vorgang nichts mehr zu tun. Er ist vielmehr Populismus in Vollendung. Er verfährt nicht kritisch gegenüber dem politischen Akteur, sondern zelebriert nur die Aufsicht als Anmaßung. Er leiht dem Vorurteil anstelle des sachlichen Berichtens die Feder (oder die Computertastatur) und kümmert sich nicht um die Prüfung des Einzelfalles. Er redet dem Ressentiment nach dem Munde, das »denen da oben« schlechterdings alles zutraut – sogar das, was man selbst tun würde.

Es mag schlimmere Entgleisungen in der populistischen Mediensprache der Gegenwart geben. Ihre Existenz als scheinbar unschuldige sprachliche Details ist darum nicht weniger fragwürdig. Der Populismus in der Mediensprache wirft ein trübes Licht auf die vorgeblich aufklärerische Absicht öffentlicher Meinungsmacht und mahnt uns Bürger, wenn wir denn wirklich kritisch, staatstragend im demokratischen Sinn sein wollen, zur Wachsamkeit – auch gegenüber dem Wortklang.